

Niederschrift
über die 39. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg
am 06.06.2013

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg",
Wertherstraße 436

Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: 17.42 Uhr bis 17.44 Uhr
18.00 Uhr bis 18.05 Uhr
19.05 Uhr bis 19.25 Uhr
Ende: 22:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Berenbrinker

CDU

Frau Brinkmann Fraktionsvorsitzende
Herr Graeser
Herr Heimen
Herr Kleinesdar

SPD

Herr Gieselmann
Frau Selle Fraktionsvorsitzende
Herr Sensenschmidt
Frau Viehmeister

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Haemisch
Herr Steinkühler bis 21.55 Uhr

BfB

Herr Huber bis 22.00 Uhr

FDP

Frau Wilmsmeier

Parteilos

Herr Fermann bis 19.15 Uhr

Nicht anwesend:

Herr John Fraktionsvorsitzender

Verwaltung:

Herr Boberg BGW
Herr Hovermann Amt für Verkehr
Herr Seibert Immobilienservicebetrieb
Frau Giesecke Volkshochschule
Herr Wendt Amt für Jugend und Familie

Herr Groß
Herr Müller
Frau Trachte
Frau Stude
Frau Steinborn

– Jugendamt
Bauamt
Amt für Schule
Schulamt
Büro des Rates
Büro des Rates

Schriftführung

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Berenbrinker begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 39. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg vom 27.05.2013 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Frau Viehmeister gratuliert Herrn Berenbrinker zu seinem Geburtstag am 17.05.2013 und wünscht ihm im Namen der Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg für das neue Lebensjahr alles Gute.

Herr Berenbrinker bittet hinsichtlich der Beratung der TOP 8 und 12 um flexible Handhabung, da der Berichterstatter Herr Hovermann zuvor in der Bezirksvertretung Schildesche anwesend sei.

Herr Steinkühler regt an, die TOP 9 – Übernahme der Trägerschaft für eine Kita am Hof Hallau und 12 – Errichtung einer Kita auf dem Gelände des Hofes Hallau hintereinander zu beraten.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg beschließt die TOP 9 und 12 hintereinander zu beraten.

- einstimmig beschlossen -

.-.-.

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg

Frau Reinhild Uffmann, Leihkamp 25, 33619 Bielefeld stellt folgende Frage:

- 1. Wird die Anfrage der Anwohnerinnen und Anwohner des Leihkamps zur Einrichtung einer Querungshilfe an der Straße Leihkamp in der heutigen Sitzung beraten?**

Herr Hoffmann, ebenfalls Anwohner der Straße Leihkamp macht ergänzend darauf aufmerksam, dass aufgrund der fehlenden Möglichkeit einer sicheren Querung, die Kinder aus dem Gebiet mit dem Auto gefahren würden. Dies, ebenso wie die vorhandenen 2 Einfahrten in den Leihkamp, müsste bei einer Zählung Berücksichtigung finden.

Herr Berenbrinker antwortet, dass von der SPD-Fraktion ein Antrag vorliege und dieser unter TOP 5.2 beraten würde. Er macht darauf aufmerksam, dass die Bezirksvertretung Dornberg dem Landesbetrieb Straßen NRW die Einrichtung einer Querungshilfe empfehlen könne, jedoch keinen Einfluss auf eine Entscheidung des Landesbetriebes habe.

Herr Stefan Pollpeter, Großdornberger Straße 61, 33619 Bielefeld stellt

folgende Frage:

- 2. Sind die Abweichungen beim Umbau an der Großdornberger Straße zu den vorher vorgestellten Planungen in der Bezirksvertretung Dornberg bekannt und gewollt und was beabsichtigt die Bezirksvertretung gegen diese Abweichungen zu tun?**

Bei den Planungen zur Großdornberger Straße seien von Seiten der Verwaltung Zusagen gemacht worden, die nicht eingehalten worden seien. So sollte die Verengung an der Großdornberger Straße so angelegt werden, dass ein Begegnungsverkehr nicht möglich würde. Tatsächlich sei dies jedoch so nicht umgesetzt worden und so fände zusätzlich der Begegnungsverkehr sogar über den stark abgesenkten Bürgersteig statt. Dies stelle eine zusätzliche Gefahr dar. Die versprochene Querungshilfe Richtung Wanderweg sei auch nicht eingerichtet worden, was problematisch sei, da der Verkehr aufgrund der geraden und breiten Straßenführung in diesem Bereich sehr schnell fahre. Weiterhin habe die Bezirksvertretung beschlossen, auf die Fahrbahn die „Tempo-30“ aufzubringen, was bislang auch noch nicht umgesetzt worden sei.

Herr Berenbrinker teilt mit, dass eine Stellungnahme vom Amt für Verkehr eingeholt und in der Bezirksvertretung beraten würde.

Bezüglich der Aufbringung von Tempo-30-Piktogrammen teilt Herr Berenbrinker mit, dass die Bezirksvertretung wohl den Beschluss gefasst habe, das Amt für Verkehr diese Maßnahmen vor dem Gleichbehandlungsgrundsatz im gesamten Bielefelder Stadtgebiet aber nur in begründeten Einzelfällen umsetze. Festzustellen sei jedoch, dass unabhängig von Piktogrammen, die Verkehrsteilnehmer diese Geschwindigkeitsbegrenzung einhalten müssten.

Herr Dieter Borsutzky, Frohnauer Str. 6, 33619 Bielefeld hat folgende Fragen:

- 3. Wie weit ist das Verfahren im Rahmen der Bürgerbeteiligung „Kindertagesstätte am Hof Hallau“?**
- 4. Ist der „Gefahrenpunkt Geschwindigkeitsüberschreitungen am Kreisverkehr“, stadteinwärts hinter der Endhaltestelle bekannt?**
- 5. Was kann die Bezirksvertretung Dornberg gegen die anhaltende Lärmbelästigung durch das Quietschen der Stadtbahn machen?**

Herr Berenbrinker antwortet zu Frage 3, dass es hinsichtlich der Bürgerinformation zum Planungssachstand eine Absprache mit den Anwohnerinnen und Anwohnern gebe, dass zu den Beratungen in der heutigen Sitzung durch Sitzungsunterbrechung den Anwohnerinnen und Anwohnern die Gelegenheit gegeben würde sich zu den Planungen zu äußern.

Frage 4 wird an das Fachamt weitergeleitet.

Zu Frage 5 führt Herr Berenbrinker aus, dass Herr Dr. Borsutzky diese Thematik in der Vergangenheit bereits mehrfach aufgebracht habe und ebenso oft bereits Antworten hierzu erhalten habe. Der Sachverhalt sei allen Betroffenen bekannt. Man werde die Angelegenheit als

Protokollauszug an das Fachamt weiterleiten. Eine weitergehende Antwort erübrige sich, da die in der Vergangenheit gemachten Angaben nicht ergänzt werden könnten. Er werde durch das Bezirksmanagement eine Durchschrift der letzten Antworten erhalten.

Herr Christian Krömker, Bleeker Feld 4, 33739 Bielefeld stellt folgende Fragen:

- 6. Ist die Bezirksvertretung Dornberg ausreichend und umfassend über die Notwendigkeit der schulpolitischen Maßnahme des Schulverbundes für Schröttinghausen informiert?**
- 7. Sind Sie über mögliche Schulpartner ausreichend informiert?**
- 8. Versteht die Bezirksvertretung Dornberg die Zusammenlegung Kita/Grundschule Schröttinghausen als betriebswirtschaftliche Verbesserung und als Einsparpotential oder als neues Konzept zur Erhaltung und Entwicklung kleiner Schulen?**

Herr Berenbrinker antwortet, dass sich die Bezirksvertretung Dornberg in den letzten Jahren umfassend mit dem Erhalt der Grundschule Schröttinghausen und in diesem Zusammenhang auch mit einer Verbundlösung befasst habe. Die Beschlusslage der Bezirksvertretung favorisiere eine Eigenständigkeit und nur sofern hierzu die Voraussetzungen nicht mehr gegeben seien, eine Verbundlösung. Der Elternwille sollte bei den Planungen immer Berücksichtigung finden. Ein eindeutiges Signal der Schulkonferenzen oder der Elternvertretungen läge der Bezirksvertretung bislang nicht vor. Derzeit befände man sich noch im Prozess der Entscheidungsfindung. Nach Vorliegen der Meinungen aus den Schulkonferenzen könnte dann eine Beschlussfassung in der Bezirksvertretung erfolgen.

Frau Petra Stockey, Frohnauer Straße 5, 33619 Bielefeld stellt folgende Frage:

- 9. Wie weit sind die Verbesserungen der Radwegeverbindungen am Wellensiekplatz?**

Herr Berenbrinker antwortet, dass die Planungen noch nicht abgeschlossen seien. Die Bezirksvertretung habe auf den Antrag der SPD-Fraktion hin in der letzten Sitzung einen Beschluss mit detaillierten Verbesserungsvorschlägen gefasst. Sobald definitive Ergebnisse vorliegen würden diese in öffentlicher Sitzung bekannt gegeben.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 38. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 25.04.2013

Frau Selle merkt an, dass unter TOP 6 letzter Absatz der letzte Satz „So könne ein neuer Findling etc. angeschafft werden“, zu streichen sei, da sie dies nicht geäußert habe.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 25.04.2013 wird unter

Berücksichtigung der von Frau Selle angeregten Streichung genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Frau Steinborn macht folgende Mitteilung:

Luftreinhalteplan – Sperrung der B 68 in Halle (Westf.) für Schwerlastverkehr und die Auswirkungen auf den Stadtbezirk Dornberg

Die verkehrsbehördliche Anordnung der Bezirksregierung Detmold zum Luftreinhalteplan Halle (Westf.) sei mittlerweile erlassen worden. Vorausgesetzt, dass die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer den Anordnungen Folge leisteten, würden keine negativen Auswirkungen auf den Stadtbezirk Dornberg erwartet, da die von der Bezirksvertretung Dornberg gefassten Beschlüsse zur Verkehrslenkung (z.B. Sperrung der Kirchdornberger Straße und der Stapenhorststraße für den Schwerlastverkehr) Berücksichtigung gefunden hätten.

Die Schreiben zu den verkehrsbehördlichen Anordnungen würden als Anlage zum Protokoll einsehbar gemacht.

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Zukunft der Grundschule Schröttinghausen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5765/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest die Anfrage von Herrn Fermann:

Welche konkrete Absicht besteht in der Verwaltung für die Zukunft der Grundschule Schröttinghausen?

Begründung:

In einem Artikel vom 15.05.2013 in der Tageszeitung Westfalen-Blatt war zu lesen: „An der Grundschule jedoch wird befürchtet, dass die Verkleinerung nur Vorbote einer drohenden Schließung ist. An die Eltern ist bereits ein Info-Brief gegangen“

Diese Befürchtung war auch am selben Tag in einer, von der Bezirksvertretung organisierten Einwohnerversammlung zur Zusammenlegung der Kindertagesstätte und der Grundschule Schröttinghausen von den anwesenden Müttern und Vätern zu spüren. Die berechtigte Frage der Menschen in Schröttinghausen ist, endlich ohne zu zittern, sicher zu sein, dass es von der Verwaltung nicht beabsichtigt ist, in absehbarer Zukunft die Grundschule wegen einer

geringeren Anzahl der Kinder zu schließen.

Frau Steinborn verliest die Antwort des Amtes für Schule:

Die Verwaltung hat keine Schließungsabsichten für die Grundschule Schröttinghausen-Deppendorf. Der Rat der Stadt Bielefeld hat am 10.11.2011 u.a. beschlossen:

„Unter dem Vorbehalt, dass der vom Landtag NRW beschlossene Entschließungsantrag vom 18.10.2011 (Drucksache 15/3037) zum Erhalt von kleinen wohnortnahen Grundschulstandorten in entsprechende rechtliche Regelungen umgesetzt wird, beschließt der Rat der Stadt Bielefeld, alle Grundschulstandorte in Bielefeld zu erhalten und an allen Grundschulen zum Schuljahr 2012/13 Eingangsklassen zu bilden, soweit die rechtlichen Mindestvoraussetzungen hierfür erfüllt sind.“

*Nach dem im November 2012 verabschiedeten 8. Schulrechtsänderungsgesetz können Grundschulen fortgeführt werden, wenn sie mindestens 92 Schülerinnen und Schüler haben. Grundschulen mit weniger als 92 und mindestens 46 Schülerinnen und Schülern können nur als Teilstandorte geführt werden (**Grundschulverbund**), wenn der Schulträger deren Fortführung für erforderlich hält.*

Die Grundschule Schröttinghausen-Deppendorf hat in diesem Schuljahr 79 Schüler/innen und wird im Planungszeitraum bis 2017/18 auf voraussichtlich 71 Schüler/innen sinken. Dauerhaft kann sie deshalb nur als Teilstandort einer anderen Grundschule erhalten bleiben.

Übergangsweise ist die eigenständige Fortführung von Grundschulen mit weniger als 92 Schülerinnen und Schülern bis zum Ende des Schuljahres 2017/2018 möglich, wenn die Höchstgrenze der zu bildenden Eingangsklassen im Gebiet des Schulträgers (kommunale Klassenrichtzahl) nicht überschritten wird. Das ist zum Schuljahr 2013/14 in Bielefeld der Fall, so dass die Grundschule Schröttinghausen-Deppendorf trotz nicht mehr erreichter Mindestgröße übergangsweise zunächst noch als selbständige Schule fortbestehen kann.

Die Schulaufsicht wird die vakante Schulleitungsstelle zum Schuljahr 2013/14 erneut befristet für ein Schuljahr mit einer neuen kommissarischen Leitung besetzen, weil eine dauerhafte Neubesetzung wegen der nur noch befristet möglichen Selbständigkeit der Schule nicht in Betracht kommt.

Die permanente Unsicherheit hinsichtlich der Leitungsfrage kann sich negativ auf das Schulklima und die Arbeit in der Schule auswirken, da begonnene Unterrichts- und Schulentwicklungsprozesse unterbrochen werden und nicht konsequent fortgeführt werden können. Auch wichtige schulinterne Entwicklungen zur Sicherung des Schulstandorts bei weiter rückläufigen Schülerzahlen, wie z.B. konzeptionelle Planung von jahrgangsübergreifendem Unterricht, können unter diesen Umständen nicht stattfinden. Deshalb und im Hinblick auf die von vielen Eltern gewünschte Sicherheit wäre es konsequent, die Bildung eines Grundschulverbundes mit dann wieder dauerhaft möglicher Schulleitung

schon vor Ablauf der gesetzlichen Übergangsfrist zu realisieren.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Entsorgung von Baumaterialien auf dem Parkplatz an der Einmündung des Tegeler Wegs auf den Zehlendorfer Damm

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5735/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

Die Verwaltung der Stadt Bielefeld wird gebeten zu ermitteln, wem die Baumaterialien (insbesondere eine größere Anzahl von Fensterrahmen, teilweise inklusive Verglasung), die seit langem auf dem o.g. öffentlichen Parkplatz lagern, gehören und eine umweltgerechte und korrekte Entsorgung zu veranlassen.

Begründung:

Seit inzwischen mehreren Jahren (!) lagern auf den genannten öffentlichen Parkplätzen am Zehlendorfer Damm ca. 20 große Fensterrahmen, teilweise inklusive Verglasung. Waren dadurch zunächst 3 Parkplätze dauerhaft blockiert, sind mittlerweile einige der Fensterrahmen umgekippt und blockieren damit auch den letzten Parkplatz der betreffenden Parkbucht. Die inzwischen wohl dauerhafte Ablagerung von Glas-Baumüll ist insbesondere in der Nähe der neugestalteten Haltestelle Wellensiek der Stadtbahn und unmittelbar an einem Radweg grenzend ein Schandfleck und eine Gefahrenstelle. Außerdem wird dadurch wertvoller Parkraum, der auch als Park-and-Ride-Platz genutzt werden kann, blockiert.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg begrüßen den Antrag und fassen folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung der Stadt Bielefeld wird gebeten zu ermitteln, wem die Baumaterialien (insbesondere eine größere Anzahl von Fensterrahmen, teilweise inklusive Verglasung) gehören, die seit langem auf dem o.g. öffentlichen Parkplatz lagern und eine umweltgerechte und korrekte Entsorgung zu veranlassen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Errichtung einer Querungshilfe an der Babenhauser Straße / Leihkamp

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5810/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest den Antrag der SPD-Fraktion:

Die Bezirksvertretung Dornberg beauftragt die Verwaltung, zusammen mit dem Landesbetrieb Straßen NRW für die Anwohnerinnen und Anwohner der Straße Leihkamp eine sichere Querungshilfe über die Babenhauser Straße im Bereich der Einmündung Leihkamp zu organisieren.

Begründung:

Auf unsere Anfrage in der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 21.03.2013 hin wollte man zunächst Querungszahlen ermitteln. Es liegen jedoch bereits Aussagen und Anforderungen sowohl der Anwohnerinnen und Anwohner, als auch der Grundschule Babenhausen vor, so dass hier Handlungsbedarf besteht.

Frau Selle ergänzt, dass der von den Anwohnerinnen und Anwohnern deutlich gemachte dringende Bedarf nun umgehend umgesetzt werden müsse und verweist vor dem Hintergrund der Bearbeitungszeit auf eine umgehende Beschlussfassung und Umsetzung.

Frau Viehmeister und Herr Sensenschmidt machen darauf aufmerksam, dass die Menschen ihre Kinder derzeit mit dem Auto zur Schule bringen würden, da ein gefahrloses Queren der Straße nicht möglich sei. Dies müsse bei der Ermittlung der Querungszahlen Berücksichtigung finden und daher solle der Beschluss eine Ergänzung erhalten.

Herr Fermann bittet um Unterbrechung der Sitzung um den Anwesenden Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit zu geben sich zu äußern.

Frau Wilmsmeier weist darauf hin, dass in dem Gebiet auch viele ältere Menschen leben würden, die aufgrund von Gehbehinderungen nicht in der Lage wären die Straße schnell zu queren und für die daher eine Querungshilfe wichtig sei. Auch dieser Personenkreis würde in Ermangelung einer Querungshilfe derzeit von Angehörigen mit dem Auto gefahren.

.-.-.

Herr Berenbrinker unterbricht die Sitzung von 17.42 Uhr bis 17.44 Uhr.

.-.-.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg fassen sodann folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg beauftragt die Verwaltung, zusammen mit dem Landesbetrieb Straßen NRW für die Anwohnerinnen und Anwohner der Straße Leihkamp eine sichere Querungshilfe über die Babenhauser Straße im Bereich der

Einmündung Leihkamp zu organisieren. Die geplante Verkehrszählung entspricht nicht den tatsächlichen Verkehrszahlen, da aufgrund der fehlenden sicheren Quermöglichkeit derzeit alle Kinder und ältere Menschen aus dem Wohngebiet mit dem Auto zur Schule, bzw. zu den Bushaltestellen gefahren werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW

Zu Punkt 6.1 Verkehrssicherheitspflicht in der Straße "Leihkamp"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5737/2009-2014

Herr Berenbrinker erläutert den Bürgerantrag von Herrn Hans-Rudolf Pade. Der Gehsteig an der Straße Leihkamp sei im Laufe der Jahre erheblich uneben geworden und stelle ein erhöhtes Unfallrisiko dar. Er fordere im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht Abhilfe.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg bestätigen die Angaben zum Zustand des Gehsteiges und sprechen sich für den Antrag aus.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung um Prüfung der Verkehrssicherheit auf den Gehwegen der Straße Am Leihkamp und um umgehende Behebung vorhandener Mängel.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Erweiterung der Beleuchtung an der Straße Zur Schwedenschanze

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5739/2009-2014

Herr Berenbrinker verweist auf den Antrag des Herrn Twistel zu Erweiterung der Straßenbeleuchtung an der Straße zur Schwedenschanze vom 06.12.2012. Die Verwaltung habe in einer Stellungnahme vom 21.02.2013 mitgeteilt, dass sich der genannte Straßenabschnitt nicht im Eigentum der Stadt Bielefeld befände und Privatstraßen nicht mit öffentlicher Straßenbeleuchtung ausgestattet würden. Darüber hinaus sei im Stadtgebiet eine Vielzahl von Wegen bisher nicht oder nur provisorisch beleuchtet, was derzeit auch auf Grund der finanziellen Lage der Stadt Bielefeld nicht geändert werden könnte.

Der Bereich der Straße Zur Schwedenschanze würde in den vergangenen Jahrzehnten immer von der Stadt Bielefeld gepflegt obwohl

sich die Parzelle nicht im Eigentum der Stadt befände. Da es keinen Eigentümer gebe, sei eine Rückübertragung ins Eigentum der Stadt Bielefeld unproblematisch und sinnvoll.

Herr Twistel beantrage die Rückübertragung ins Eigentum der Stadt vor dem Hintergrund der Erweiterung der Straßenbeleuchtung.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung sehen eine Eigentumsübertragung unproblematisch und begrüßen den Antrag.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung zu prüfen, ob eine Übertragung der in keinem Eigentum befindlichen Parzelle an der Straße Zur Schwedenschanze auf die Stadt Bielefeld möglich ist und dies ggfls. zu veranlassen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Zusammenlegung der Kindertagesstätte und der Grundschule Schröttinghausen im Gebäude der Grundschule Schröttinghausen

Herr Berenbrinker berichtet von der Einwohnerversammlung zur Zusammenlegung der Kindertagesstätte und der Grundschule in Schröttinghausen und stellt die Ergebnisse des aus Vertreterinnen und Vertretern der Elternvertretungen und der Leitungen der jeweiligen Einrichtungen sowie der Fachbereiche der Stadtverwaltung bestehenden Arbeitskreises vor.

Er erläutert das dem Protokoll beiliegende Schreiben des Immobilienservicebetriebes (ISB) vom 05.06.2013, in dem dieser zu den in der Arbeitsgruppe erarbeiteten Planungsvarianten Stellung nimmt.

Frau Viehmeister erkundigt sich nach rechtlichen Vorgaben zu Klassengrößen im Grundschulbereich und Herr Berenbrinker berichtet, dass aktuell keine Bindung vorläge, das Amt für Schule sich jedoch an die zuletzt rechtsgültigen Vorgaben hinsichtlich der Klassengrößen halte. Die aktuellen Planungen entsprächen alle diesen Vorgaben.

Aufgrund der zahlreich erschienenen Eltern und Lehrerinnen aus Schröttinghausen regt Frau Brinkmann eine Sitzungsunterbrechung an.

-.-.-

Herr Berenbrinker unterbricht die Sitzung in der Zeit von 18.00 Uhr bis 18.05 Uhr um den Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit zu geben sich zu den Planungen zu äußern.

-.-.-

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg diskutieren die Planungen

unter der Berücksichtigung der von den Eltern und Lehrerinnen gemachten Sorgen und Bedenken hinsichtlich des dann vorhandenen Raumbestandes. Durch einen Anbau würde die Raumsituation entspannt und zusätzlich könne das Außengelände für die Kindertagesstätte besser gestaltet werden.

Die vom ISB aufgeführten Kosten wurden kritisch betrachtet und es wurde einstimmig die Meinung geäußert, dass für eine weitergehende Entscheidung genauere Informationen vorliegen müssten.

Bei den Betroffenen - den Eltern der Kinder der Kindertagesstätte und der Grundschule, sowie auch den Lehrkräften und Erzieherinnen beider Einrichtungen - bestünden zu große Unsicherheiten und Sorgen um die weitere pädagogische Arbeit.

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg werde am 27.06.2013 stattfinden und man wolle bis dahin genauere Informationen zu den Kosten, die vorher in einer Arbeitsgruppe vorgestellt und beraten werden sollten.

Herr Berenbrinker führt aus, dass es nicht möglich sei, alle Varianten bis zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung in drei Wochen genau durchzurechnen und schlägt vor, die einzelnen Punkte des Schreibens vom ISB zu betrachten und zu entscheiden, welche Planungen näher kalkuliert werden sollen.

Herr Berenbrinker stellt die Verschiebung der Beschlussfassung zu den Planungen in die Sitzung am 27.06.2013 zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Entscheidung über die weiter zu planende Variante zur Zusammenlegung der Kita und der Grundschule wird bis zur Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 27.06.2013 vertagt.

- einstimmig beschlossen -

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg sprechen sich für eine detailliertere Ausarbeitung der Nr. 4, Nr. 5 und Nr. 6 des Schreibens des ISB vom 05.06.2013 aus. Die Ergebnisse sollen vor der Sitzung der Bezirksvertretung in einem Arbeitskreis vorgestellt werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung um detailliertere Ausarbeitung der im Schreiben vom ISB aufgeführten Varianten Nr. 4, Nr. 5 und Nr. 6. Die Ergebnisse sollen der Bezirksvertretung umgehend vorgestellt werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

.-.-.

Zu Punkt 8 Nördliche Erschließung des Hochschul-Campus Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5787/2009-2014

Ohne weitere Aussprache fassen die Mitglieder der Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretungen Dornberg empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss der in der Anlage dargestellten Führung der Dürerstraße nördlich der Stadtbahn als Grundlage für das weitere B-Planverfahren zuzustimmen.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

.-.-.

Nach den Beratungen zu TOP 8 erfolgt die Beratung zu TOP 11. Protokollierung Seite 15.

.-.-.

Zu Punkt 9 Übernahme der Trägerschaft für eine neue Kindertageseinrichtung am Hof Hallau

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5230/2009-2014

Herr Berenbrinker begrüßt Herrn Wendt vom Amt für Jugend und Familie – Jugendamt als Berichterstatter.

Herr Wendt erläutert zur Gesamtversorgungslage in Dornberg, dass stadtweit derzeit 63 Kinder nicht über einen Platz in einer Kindertagesstätte verfügen könnten und soweit beim Jugendamt bekannt, hätten in Dornberg aktuell 3 Kinder nicht in eine Kindertagesstätte vermittelt werden können. Aufgrund von Rückmeldungen der Kindertagesstätten sei jedoch bekannt, dass in Dornberg insgesamt 6 Kinder einen Platz benötigen würden. Die Differenz begründe sich, da nicht alle Eltern mit dem Jugendamt Kontakt aufnehmen würden.

Frau Brinkmann erkundigt sich nach der Notwendigkeit der Errichtung einer Kita auf dem Gelände am Gatower Weg und Herr Wendt antwortet, dass nach Fertigstellung der Kindertagesstätte am Hof Hallau zunächst geschaut werden sollte, in wie weit der Bedarf - auch durch die Entwicklungen im Universitäts- und Fachhochschulbereich – in Dornberg weiter ansteige.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg begrüßen die zahlreichen

Bewerbungen für die Trägerschaft der neuen Kindertagesstätte auf dem Hof Hallau und loben die pädagogische Arbeit und Angebote aller Träger. Da die neu zu errichtende Kindertagesstätte im Unigebiet liege, plädiert die Bezirksvertretung für eine Einrichtung, die breit gestaffelte Öffnungszeiten anbiete und nicht nur Kinder aus dem Universitätsbereich aufnehmen wolle. Bereits in der Vergangenheit habe man sich für eine Trägervielfalt im Stadtbezirk engagiert. Aus diesen Gründen sprechen sich die Mitglieder einstimmig für die Von-Laer-Stiftung aus.

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss die Trägerschaft für die neue Kindertageseinrichtung am Standort Hof Hallau auf die Von Laer Stiftung zu übertragen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt das weitere Verfahren in enger Zusammenarbeit mit dem Träger und in Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe - Landesjugendamt - als überörtlichem Träger der öff. Jugendhilfe durchzuführen.
3. Die erforderlichen Haushaltsmittel zur Maßnahmenrealisierung sind von der Verwaltung im Haushaltsplanentwurf 2013/2014 einzustellen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

..-.-

..-.-

Nach den Beratungen zu TOP 9 erfolgt die Beratung zu TOP 12. Protokollierung Seite 15.

..-.-

Zu Punkt 10

Programm der Volkshochschule - Nebenstelle Dornberg - Studienjahr 2013/2014

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5593/2009-2014

Herr Berenbrinker begrüßt Frau Giesecke von der Volkshochschule, welche die Beschlussvorlage mit dem Programm für 2013/2014 vorstellt.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg beschließt das VHS-Programm 2013/2014 für den Stadtbezirk Dornberg.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

.-.-.

Nach den Beratungen zu TOP 10 erfolgt die Beratung zu TOP 8. Protokollierung Seite 12.

.-.-.

Zu Punkt 11 Bezirkliche Sondermittel

Herr Berenbrinker berichtet, dass der Kulturtreff Dornberg anlässlich der Veranstaltung „Lesung und Musik am Nachmittag“ in der Stadtteilbibliothek Dornberg ein Kunstwerk von Böckstiegel von der Kunsthalle ausleihen möchte und um eine Bezuschussung für Versicherung und Transport aus den bezirklichen Sondermitteln gebeten habe.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bewilligt dem Kulturtreff Dornberg 110 € aus den kulturellen Mitteln der Bezirksvertretung zur Durchführung der Veranstaltung „Lesung und Musik am Nachmittag“.

- einstimmig beschlossen -

.-.-.

Nach den Beratungen zu TOP 11 erfolgt die Beratung zu TOP 13.1. Protokollierung Seite 17.

.-.-.

Zu Punkt 12 Errichtung einer Kindertagesstätte auf dem Gelände des Hofes Hallau

Herr Berenbrinker begrüßt Herrn Groß vom Bauamt, Herrn Seibert vom Immobilienservicebetrieb sowie Herrn Boberg von der BGW, welcher 3 Varianten einer Zuwegung zur Kindertagesstätte am Hof Hallau anhand der dem Protokoll beiliegenden Power Point Präsentation vorstellt.

Weiterhin teilt Herr Berenbrinker mit, dass die Anwohnerinnen und Anwohner aus dem Wohngebiet an der Frohnauer Straße heute in der Sitzung anwesend seien und er die Sitzung zu gegebener Zeit unterbrechen wolle um die Anregungen und Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger anhören zu können. Dieses Vorgehen als Alternative zu einer Einwohnerversammlung sei vorab mit einem Sprecher der Nachbarschaft abgesprochen worden.

Herr Boberg erläutert sodann die Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten und schließt mit der Empfehlung von Verwaltung und BGW zur Variante 3.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg diskutieren die Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten und machen deutlich, dass ihnen wichtig sei, die Anwohnerinnen und Anwohner in den Siedlungen möglichst wenig durch die Anlieferverkehre zu belasten. Gleichwohl sei allen aber bewusst, dass der Betrieb einer Kindertagesstätte ohne eine

Beeinträchtigung durch zusätzlichen Verkehr nicht möglich sei.

Es werden Lösungsmöglichkeiten für Parkprobleme, sowie eine Anbindung an den Kreisverkehr diskutiert.

.-.-.

Herr Berenbrinker unterbricht die Sitzung von 19.08 Uhr bis 19.25 Uhr um den anwesenden Anwohnerinnen und Anwohnern Gelegenheit zu geben sich zu dem Sachverhalt zu äußern.

.-.-.

Herr Berenbrinker fasst die vorgebrachten Argumente und Vorschläge zusammen und formuliert auf Grundlage der vorangegangenen Beratung folgenden Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung Dornberg spricht sich für die Variante 3 der direkten Anbindung zum Hof Hallau aus.

Weiterhin bittet die Bezirksvertretung Dornberg die Verwaltung um Prüfung

- 1. der Möglichkeit der direkten Anbindung an den Kreisverkehr um Verkehrsbelastung im Siedlungsbereich der Frohnauer Straße zu verhindern.*
- 2. der Einrichtung von Parkmöglichkeiten im unteren Bereich auf der Grünfläche.*
- 3. der Möglichkeit, die vorhandene Tempo 30 Zone in der Frohnauer Straße in eine Spielstraße umzuwandeln, um so die Durchfahrt unattraktiver zu gestalten.*

Herr Wendt macht darauf aufmerksam, dass weitergehende Planungen ggfls. den Baubeginn beeinträchtigen würden. Herr Berenbrinker erwidert hierauf, dies läge nicht in der Absicht der Bezirksvertretung und er sehe keine Abhängigkeit zwischen Baubeginn und den Planungen zur weiteren Zuwegung durch das Wohngebiet, respektive einer Anbindung an den Kreisverkehr.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg fassen folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg spricht sich für die Variante 3 der direkten Anbindung zum Hof Hallau aus.

Weiterhin bittet die Bezirksvertretung Dornberg die Verwaltung um Prüfung

- 4. der Möglichkeit der direkten Anbindung an den Kreisverkehr um Verkehrsbelastung im Siedlungsbereich der Frohnauer Straße zu verhindern.**
- 5. der Einrichtung von Parkmöglichkeiten im unteren Bereich auf der Grünfläche.**
- 6. der Möglichkeit, die vorhandene Tempo 30 Zone in der Frohnauer Straße in eine Spielstraße umzuwandeln, um so**

die Durchfahrt unattraktiver zu gestalten.

- einstimmig beschlossen -

...-

Nach den Beratungen zu TOP 12 erfolgt die Beratung zu TOP 10. Protokollierung Seite 14.

...-

**Zu Punkt 13 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 13.1 Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum 2013 - 2014

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5515/2009-2014/1

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg nehmen Kenntnis.